P-01-077-2

Präambel

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Aschaffenburg-Land
Beschlussdatum:	28.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 76 bis 78 einfügen:
Gesellschaft nicht länger um Milliarden prellen, um ihren Vorständen obszöne Gehälter und Abfindungen zu zahlen. Dafür brauchen wir neben der Transaktionssteuer einen einheitlichen Mindeststeuersatz für Europa, der vom europäischen Parlament alle zwei bis drei Jahre angepasst wird. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Reichtum gerecht geteilt wird, damit wir unsere öffentlichen Orte und Institutionen auch gut finanzieren können:

Begründung

Die Gehälter z.B. der Banken sind zwar teilweise obszön hoch, aber immer eine betriebwirtschaftliche Entscheidung. Der Staat kann vielmehr über das Steuersystem unverhältnissmäßige Zahlungen bzw. Transaktionen einschränken bzw. der Allgemeinheit einen Steueranteil zuführen. Über einen einheitlichen europäischen Steuersatz muss sich Europa einig werden, nur so sind Schlupflöcher und Steuerbetrug einzudämmen.